

FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

Jürgen Hoffmann: Jenseits von „Horrorszenarien“ und „Weiter so!“

Prof. Dr. Jürgen Hoffmann, geb. 1944 in Jerxheim, Studium der Politischen Wissenschaft in Berlin, lehrt Politische Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

In der Diskussion um die „Zukunft der Arbeit“ haben, so scheint es, derzeit „Horrorszenarien“ Konjunktur: Der Arbeitsgesellschaft gehe „die Arbeit aus“, Arbeit werde „billig wie Dreck“, die Gesellschaft sei in der „Globalisierungsfalle“ gefangen, etc. Überhaupt die Globalisierung: Jeder ökonomische oder gesellschaftliche Kontext, für den früher das Wort von der „Internationalisierung“ oder der bei den anstehenden Themen in der Regel treffsicherere Begriff von der „Europäisierung“ völlig hinreichte, wird jetzt in Soziologie, Politologie und Ökonomie unisono mit dem Wort von der „Globalisierung“ herausgeputzt, auch wenn gerade in der Ökonomie ernsthafte Analysen zu den behaupteten Trends (und schließlich ist dies im Kern ein genuin ökonomisches Thema) zu höchst unterschiedlichen bzw. gegensätzlichen Aussagen kommen. Nun gibt es sicherlich gerade bei Betrachtung der Entwicklungen im Ökologiebereich global dramatische Trends zu vermelden, die auch nicht heruntergespielt werden sollen. Gilt dies aber auch für die Trends auf den Arbeitsmärkten, gilt dies auch für die Gegenwart und Zukunft der Ökonomie und der Erwerbsarbeit?

Bleiben wir daher zunächst einmal bei einigen Fakten: Fakt ist - Stichwort „Globalisierung“ -, daß der mittlerweile berühmte indische Ingenieur, der die Blaupausenarbeit des deutschen Kollegen via Internet übernimmt, immer noch die Ausnahme ist und daß deutsche Unternehmen, die den Niedriglohnsektor in den osteuropäischen Gesellschaften ausnutzen wollten, z.T. reumütig in das hochregulierte und teure, aber zugleich hochproduktive und sozial stabile Deutschland des „rheinischen Kapitalismus“ zurückkehren. Fakt ist auch, daß die Globalisierung zurzeit eher die Sicherheit der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik erhöht, denn schließlich sind es die Überschussrekorde im Außenhandel der „standortgeplagten“ bundesdeutschen Wirtschaft, die die Beschäftigung im industriellen Sektor wesentlich stützen,

und daß auch der Aufkauf von ausländischen Großkonzernen durch die deutschen Großunternehmen nicht zu einem behaupteten Arbeitsplatzexport führt (und schon gar nicht sind solcherart „Auslandsdirektinvestitionen“ ein Indiz für die geschwundene Attraktivität des Standortes Deutschland). In diesen Indikatoren zeigt sich aber, daß andere Länder bzw. globale Regionen sehr wohl aufgrund der Erfolge der bundesrepublikanischen Wirtschaft negative Konsequenzen fürchten müssen; zugleich zeigt sich (was hier leider nicht näher ausgeführt werden kann), welche Bedeutung die Angebundenheit der Unternehmen an die Region für die europäische und internationale Konkurrenzfähigkeit hat - ein Kontext, der nicht nur ökonomisch, sondern auch und gerade politisch, sozial und kulturell definiert ist. Diese ökonomischen Stärken im internationalen Kontext stellen daher Gewerkschaften nicht nur vor scheinbar ausweglose Situationen: Auch wenn die Intensivierung der internationalen Konkurrenz und wachsende Renditeoptionen im Finanzsektor die Alternativen für Anlagen der Unternehmen (die „exit“-Optionen) erhöhen und damit die Verhandlungschancen von Gewerkschaften tendenziell schwächen, gibt es aufgrund der fortbestehenden Angebundenheit der Unternehmen im „Globalisierungsprozess“ auch neue Optionen für Gewerkschaften - von der erzwungenen internationalen Solidarität jenseits des 1. Mai - Liedgutes ganz zu schweigen.

Fakt ist darüber hinaus, daß aufgrund der schnellen Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik das geleistete gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen zurückgeht bei einem gleichzeitig enorm angewachsenen, in Geld bewerteten Sozialprodukt - ein Trend, der seit Beginn der Industrialisierung zu beobachten ist und der in seinen ökonomischen und sozialen Folgen immer noch am prägnantesten von Karl Marx herausgearbeitet wurde: als Ersatz der „lebendigen“ durch die „tote“ Arbeit (konstantes Kapital), was bei ihm bekanntlich in das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ mündet. Zugleich sinkt empirisch nachweisbar mit dem Preis der hohen Arbeitsproduktivität, nämlich mit der hohen Kapitalintensität in der Industrie, die Beschäftigungsintensität von Investitionen, deren Rentabilität zudem immer mehr mit Renditeerwartungen im internationalen Finanzsektor konkurrieren muss (die Rede von der „Globalisierung“ hat hier wohl am ehesten ihre Berechtigung). Die alte sozialdemokratische Hoffnung von den „Gewinnen von heute, die die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sind“ wird so immer weniger realitätstüchtig - auch wenn sie („Erinnerungen an die Zukunft“) demnächst wohl wieder aufgetischt werden wird. Ernüchternd ist dies freilich nur für den, der die Zukunft von (Erwerbs-) Arbeit und Gesellschaft allein auf ökonomisches Wachstum baut.

Betrachtet man allerdings die ökonomischen Trends und die Arbeitsmarktdaten in der Bundesrepublik genauer, dann ist auch Fakt, daß uns noch nicht „die Arbeit ausgeht“ und Arbeit auch noch nicht - trotz jahrelanger Stagnation der Realeinkommen und neuer Armut - „billig wie Dreck“ ist,

sondern daß - von den besonderen Bedingungen des Umbruchs im Osten einmal abgesehen - selbst nach den Umbrüchen der Rezession von 1993 und dem schnellen Wachstum der Massenarbeitslosigkeit von (gesamtdeutsch) über viereinhalb Millionen registrierten Arbeitslosen um die Mitte der neunziger Jahre die Zahl der abhängig Beschäftigten in Westdeutschland immer noch höher ist als in den goldenen Zeiten der Vollbeschäftigung 1970 bis 1972. Was einerseits mit der Arbeitszeitverkürzungspolitik der Gewerkschaften und der dramatischen Erosion des Normalarbeitsverhältnisses zusammenhängt; was andererseits aber auch von dem erhöhten Angebot von Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verursacht wird, die sich bis 1993 fast parallel zur steigenden Nachfrage erhöhte und seitdem weiter ansteigt, während die Nachfrage nach Arbeitskräften sinkt. Dies gibt zu der ketzerischen Überlegung Anlass, ob diese Trends nicht vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß die Erwerbsarbeit nicht an Attraktivität verliert (wie einige auch behaupten), sondern sogar noch enorm an Attraktivität gewonnen hat und immer mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter eine Erwerbsarbeit anstreben oder aber anstreben müssen und daß sich deshalb - neben den Wanderungseffekten - das Angebot auf den Arbeitsmärkten dramatisch erhöht hat? So kommt es, daß nicht nur Massenentlassungen das gravierende Problem des Arbeitsmarkts in Deutschland sind, sondern daß vor allem die (Wieder-)Eintrittsschranken in den Arbeitsmarkt den Kern des Dilemmas ausmachen und deshalb besonders die Schwachen und die Neueintritte (z.B. Jugendliche) auf dem Arbeitsmarkt die Opfer sind. Dies sind auch und in einem besonders hohen Ausmaß die Unqualifizierten, deren Zahl unter den Beschäftigten sich nach allen Trendberechnungen bis zum Jahre 2010 halbieren wird, während zugleich der Zahl und Anteil der qualifizierten, besser bezahlten Arbeit ansteigen dürfte - auch wenn solche Trendberechnungen mit der notwendigen Skepsis betrachtet werden müssen.

Fakt ist also auf dem Arbeitsmarkt, daß das ökonomische Wachstum im industriellen Sektor und eine dementsprechende Politik der „Vollbeschäftigung“ die aktuellen und zukünftigen Arbeitsmarktprobleme nachfrage- wie angebotsbedingt schwerlich bewältigen kann (von den ökologischen Folgen hier einmal ganz abgesehen). Wie aber steht es dann mit dem „Dienstleistungssektor“ als Beschäftigungsressource?. Auch diese Hoffnung kann trügen, wenn sich die Gesellschaft der Bundesrepublik nicht ändert: Denn die „unternehmensbezogenen Dienstleistungen“ und auch Teile der „konsumbezogenen Dienstleistungen“ unterliegen selbst dramatischen Rationalisierungsschüben durch die Informations- und Kommunikationstechnologien, während sich die „personenbezogenen Dienstleistungen“, die in den USA einen großen Teil des Beschäftigungsschubs ausmachten, durch die patriarchalische Struktur der Gesellschaft als „Selbstbedienungsgesellschaft“ (Häußermann/Siebel) und deren Zementierung durch das auf das männliche Normalarbeitsverhältnis bezogene Sozialversicherungssystem einer Vermarktung sperren. Und: Auch personenbezogene Dienstleistungen kosten Geld, das wiederum durch die immer schiefer werdende Einkommensver-

teilung in der Gesellschaft den breiten Massen für den Kauf derartiger Leistungen kaum in dem dafür notwendigen Umfang zur Verfügung steht. Aber ist die Vermarktung bzw. Monetarisierung aller Lebensvollzüge einschließlich der Arbeit die Zukunft und ein sinnvolles Ziel, um die Krise der Erwerbsarbeit zu lösen?

Daß die globalen ökologischen Trends gegen die allseitige Vermarktung, das „In-Wert-Setzen von Natur und Gesellschaft“ stehen, ist inzwischen zum Allgemeinplatz geworden und muss hier nicht näher ausgeführt werden (auch wenn sich aktuell das ökologische Bewusstsein in der Bundesrepublik besonders in den schnell anwachsenden „hedonistisch-materialistischen“, auf Konsum orientierten Milieus auf dem Rückzug befindet). Aber auch die immanenten Tendenzen kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wachstums stehen - es wurde schon angedeutet - der Lösung des Arbeitsmarktproblems durch Wachstum entgegen: Kurzfristig würden reine „Marktlösungen“ und „Deregulierungsoptionen“ auch nur in der Form der Verdrängung, Ausgrenzung oder Diskriminierung großer gesellschaftlicher Teilgruppen umsetzbar sein (und eben dies macht ja auch einen beachtlichen Anteil an der US-amerikanischen Lösung der Arbeitsmarktprobleme aus, gemeint sind die „working poor“), was wiederum die Kohäsion in der Gesellschaft erodieren lässt und damit die Demokratie existenziell bedroht. Langfristig würde zudem die Entwicklung und die Entfesselung der einzelwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität - wenn sie denn überhaupt ökologisch weiter so durchzuhalten ist - und die Entfesselung des Profitmotivs (des „aus Geld mehr Geld machen“) in internationale ökonomische Krisenszenarien münden, auch wenn ich hier gerade nicht einer „Zusammenbruchsrhetorik“ und den o.a. „Horrorzenarien“ Vorschub leisten möchte.

Wenn wir daher nicht zu einer anderen Produktions- und Lebensweise als der bürgerlich-kapitalistischen finden (und ich halte es zurzeit für müßig, darüber Vermutungen anzustellen), dann ist eine politische Regulierung der einzelwirtschaftlich agierenden ökonomischen Akteure (Produzenten wie Konsumenten) unabdingbar - also nicht Deregulierung stünde an, sondern neue Formen der politischen und gesellschaftlichen Regulierung der Märkte, der Erwerbsarbeit und der gesellschaftlichen Tätigkeiten müssten angestrebt werden: im Sinne einer ökologischen („nachhaltigen“) Produktions-, Arbeits- und Konsumtionsweise und im Sinne einer politisch durchgesetzten Verkürzung und Umverteilung von Erwerbsarbeit und der sozialen Absicherung von Erwerbsarbeitsrisiken und der Nicht-Erwerbsarbeit („Tätigkeiten“) durch ausgebaute Formen der „Grundsicherung“. Dies erforderte aber: Die Regulierungsformen müssten international orientiert sein (z.B. im Sinne von sozialen und ökologischen Mindeststandards); sie müssten auf europäischer Ebene harmonisiert durchgesetzt werden (Durchsetzung von Mindeststandards, ökologischer Steuersysteme, Grundsicherungen, einer gemeinsamen Arbeitsmarkt-, Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik), was allerdings nationalen Attentismus nicht entschuldigen darf, und sie müssten national wie

international die Umverteilung von Reichtum und die Kontrolle der Finanz- und Aktienmärkte einschließen - denn verkürzte Arbeitszeiten, Umverteilung von Erwerbsarbeit, Grundsicherungssysteme und ökologisch nachhaltige Produktions- und Konsumtionsweisen sind für die Gesellschaft und die internationale Gemeinschaft teuer. Teurer als diese notwendige Umverteilung von Reichtum und als die regulative Eingrenzung einzelwirtschaftlich-rationalen Handelns könnte uns allerdings ein „Weiter so!“ zu stehen kommen, auch wenn, wie gesagt, zurzeit die kursierenden Horrorszenarien noch nicht viel Realitätsgehalt haben. Horrorszenarien aber wie das mehrheitlich propagierte „Weiter so!“ sind gefährlich, denn sie münden in der Regel in Fatalismus - und gefragt ist politisches und gesellschaftliches Handeln, das sich an den Interessen, die in den bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen fixiert sind, reiben muss. Und die Gewerkschaften sind in diesem Szenario auf beiden Seiten zu finden, gerade weil sie die Zukunft der in unserer Gesellschaft kapitalistisch definierten Arbeit vertreten.